

# Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzig Tageszeitung  
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報  
Eingetragen als Zeitung  
auf dem Chines. Postamt.

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien  
Treu der alten Heimat und der neuen.

2. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 16. Oktober 1931.

Nummer 318

## Aus dem Inhalte der heutigen Nummer:

Die französische Seele von heute und wir.  
Deutscher Brief.  
Die Erklärungen in Genf.

## Nachrichten aus aller Welt.

### Der Völkerbund will die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den Beratungen des Rates über die mandchurische Krisis einladen. China stimmt zu. Japan verhält.

Genf, den 14. Oktober (Transocean-Asiatic). Wie grossen Wert der Völkerbund darauf legt, dass er sich der amerikanischen Unterstützung in seinen Bemühungen zur Lösung des mandchurischen Problems vergewissere, zeigte sich am Mittwoch, als der Völkerbundsrat beschloss, die Regierung der Vereinigten Staaten aufzufordern, ihren Abgeordneten zu ermächtigen einen Sitz am Ratsstische einzunehmen und an den Verhandlungen über den chinesisch-japanischen Konflikt teilzunehmen. Der chinesische Vertreter gab sofort seine Einwilligung dazu, der japanische Vertreter aber erklärte, er müsse erst die Anweisung seiner Regierung dazu einholen.

Bisher ist noch kein Entschluss gefasst worden wegen der Formel, welche es Amerika möglich machen würde, an den Verhandlungen teilzunehmen, aber man glaubt allgemein, dass sich eine Art Abkommen mit Washington leicht wird treffen lassen, um eine engere Zusammenarbeit zu erzielen. Völkerbunds-kreise sind jedoch etwas skeptisch, ob wohl Japan mit diesem Vorgehen einverstanden sein werde.

### Entschlossene Haltung des Völkerbundes.

Nanking, den 14. Oktober (Asiatic) Die Nationalregierung hat heute ein Telegramm aus Genf erhalten des Inhaltes, dass der Völkerbundsrat seine Tagung fortsetzen werde, bis sowohl China als auch Japan sich auf ein Prinzip einigen, wobei die Japaner ihre Truppen von Mukden und den übrigen chinesischen Gebieten zurückziehen werden.

Sollte aber Japan die wohlwollende Vermittlung des Völkerbundes ablehnen dadurch, dass es aus dem Bunde austritt, oder glatt verweigert, seine Truppen zurückziehen und die Feindseligkeiten einzustellen, dann wird der Völkerbund gezwungen sein, entschiedene Schritte zur Aufrechterhaltung seines Prestige zu unternehmen, indem er auf den Artikel 16 der Völkerbundsstatuten zurückgreift. Alle Mitglieder-Staaten werden angewiesen werden die wirtschaftlichen Beziehungen mit Japan zu unterbrechen. Es heisst, dass schon viele der Mächte in der Tat die notwendigen Vorbereitungen getroffen haben für diese letzte Möglichkeit. Im Falle der Notwendigkeit wird eine Blockade gegen Japan verhängt werden, wobei auch die Nationalregierung die Warnung erhalten hat, darauf vorbereitet zu sein.

Die Anknüpfung der Gesandten der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in der Hauptstadt wird als bedeutungsvoll angesehen. Der amerikanische Gesandte hatte heute eine Unterredung mit dem stellvertretenden Aussenminister Li Ching-lin, wobei ein Meinungs-austausch über die mandchurische Lage stattfand. Die Nationalregierung hat die Versicherung erhalten, dass Amerika bestimmt den Völkerbund bei der Lösung der mandchurischen Krisis unterstützen werde und bereit sei, im Falle, dass der Völkerbund sich nicht durchsetzen könne, selbstständig auf Grund des Kelloggpaktes und des Neun-Mächte-Abkommens vorgehen werde, um eine Lösung zu finden. Der britische Gesandte, Sir Miles Lampson ist heute hier eingetroffen und wird am Donnerstag von General Chiang in Audienz empfangen werden. Der französische Gesandte wird morgen hier erwartet.

### Der Völkerbund entscheidet gegen Japan?

Nanking, den 15. Oktober (Chung Hwa News) In diplomatischen Kreisen erfährt man, dass der Völkerbund eine neue Note an Japan senden wolle, worin er fordert, dass Japan in einer bestimmten Frist seine Truppen zurückziehe. Sollte Japan dieser Note keine Folge leisten, so wird der Völkerbund, die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien gemeinsam eine Warnung an Japan erlassen, welche gleichbedeutend mit einem Ultimatum sein werde.

### Der französische Militärattache nach der Mandchurerei kommandiert.

Tientsin, den 14. Oktober. Heute um 8 Uhr flog der britische Gesandte Sir Miles Lampson mit einem Eurasia-Flugzeuge nach Nanking. Der französische Gesandte fuhr mit der Bahn nach Pukow. Der Gesandte wurde bei seiner Abfahrt nachmittags um 5 Uhr auf

dem Bahnhofe interviewt und gab dabei folgende Einzelheiten bekannt:

„Ich fahre im Auftrage der französischen Regierung zur Rücksprache mit der Regierung nach Nanking. Das Vorgehen der Japaner in der Mandchurerei hat in der ganzen Welt grösstes Aufsehen erregt. Wie Sie wissen, tagt z.Z. der Völkerbundsrat in Genf und müht um eine Schlichtung des Streites. Der französische Aussenminister Briand ist zum Vorsitzenden des Rates ernannt worden. Ich habe heute morgen um 10 Uhr von Briand ein Telegramm erhalten, worin er mich ersucht den Militärattache zur Feststellung der Tatsachen nach Chinchow, Mukden und Kirin zu senden. Er soll über die japanischen Truppenbewegungen berichten. Der Aussenminister will darüber dauernd auf dem Laufenden gehalten werden. Der Offizier hat bereits von den chinesischen Behörden einen Reisepass erhalten und fährt schon heute abend nach Chinchow ab. Ich werde in Nanking einige Wochen bleiben.“

### Der Kampf im Reichstage.

Berlin, den 14. Oktober (Transocean-Asiatic) Die Aussprache über die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning im Reichstage wurde am Mittwoch mittag eröffnet und dürfte bis Sonnabend dauern. Allgemein wird zugegeben, dass die Rede des Reichskanzlers freundlichen Widerhall nicht nur in der gemässigten Presse sondern auch in solchen Blättern des rechten Flügels gefunden habe wie es die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist, welche die Rede als einen Triumpf für Brüning bezeichnet, der es schon zu Wege gebracht habe, dass einige der schwankenden Mittel-Parteien sich hinter das Brüning-Kabinett stellten.

Der Sozialdemokrat Breitscheid eröffnete die Aussprache und erklärte, dass seine Partei alle Misstrauensanträge ablehnen werde, um die deutsche Republik vor einer faschistischen und nationalistischen Diktatur zu bewahren.

Als der Nationalsozialist Frick, der als zweiter auf der Rednerliste stand, hinter das Pult trat, strömten die Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, welche bis dahin durch Abwesenheit gegläntzt hatten, in das Haus. Gleichzeitig aber verliess der Reichskanzler Dr. Brüning und die Mitglieder der Zentrumspartei ostentativ den Saal. Frick griff zunächst heftig die Politik der Regierung an, da sie völlig verfehlt sei, machte aber doch die bemerkenswerte Erklärung, dass, obgleich die Nationalsozialisten Frankreich noch immer als die offenbarste Gefahr für Deutschland und ganz Europa ansehen, sie doch gewillt seien zu Abmachungen mit dem westlichen Nachbarn zu kommen, solange die Lebensinteressen Deutschlands gewahrt seien. Der kommunistische Redner Remmele behauptete, dass die Regierung Brüning nur der Schrittmacher für eine faschistische Diktatur sei, während der deutschnationale Redner Oberfohren scharf die sogenannten sozialistischen Tendenzen und was er „sozialistische Steuerpolitik“ nannte, kritisierte. Oberfohren wie auch Frick widersprachen bei ihren Reden und bekämpften ausdrücklich die Auffassung, als begünstigten die nationalen Oppositionsparteien eine neue Inflation. Nach der Rede von Oberfohren verliessen die deutschnationale Gruppe und die Hitler-Leute geschlossen das Haus.

Zum Schlusse der Sitzung griff der Finanzminister Dr. Dietrich in die Debatte ein und erklärte zur Verteidigung seiner Steuerpolitik, dass niemand habe voraussehen können, dass die Wirtschaft sich so ungünstig entwickeln werde. Diese Entwicklung habe dazu geführt, dass die Einnahmen aus den Steuern um eine Milliarde Reichsmark zurückgegangen seien. Der Minister beschuldigte die nationale Opposition, dass sie falsche Angaben über die deutsche Verschuldung in Umlauf gesetzt habe, und sprach die Meinung aus, dass die vielbesprochene Harzburg-Rede des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht viel dazu beigetragen habe, den deutschen Kredit im Auslande zu untergraben. Zum Schlusse forderte Dr. Dietrich die Oppositionsparteien auf, die Regierung nach Herzenslust zu beschimpfen, aber davon Abstand zu nehmen die Grundlage des deutschen Wirtschaftslebens zu unterhöhlen. Die Aussprache wird am Donnerstag fortgesetzt werden.

### Aus zuverlässiger chinesischer Quelle erfahren wir folgende Nachrichten:

Tungliao, den 15. Oktober. Heute morgen um 1025 flog ein japanisches Flugzeug über der Stadt. Zwei Bomben wurden auf den Lokomotiv-Schuppen der Peking-Mukden-Bahn, eine Bombe auf den Bahnhof der Sipingkai-Taonan-Bahn und zwei Bomben auf die innere Stadt abgeworfen, wo 14 Personen getötet sein sollen.

Tientsin, den 15. Oktober. Der Passagierverkehr auf der Strecke Hsinmin-Huangkutun der Peking-Mukden-

Bahn, der gestern infolge der starken japanischen Truppentransporte gesperrt war, wird wahrscheinlich heute wieder aufgenommen werden. Auf der hiesigen Eisenbahnverwaltung wurde heute morgen um 10 Uhr mitgeteilt, dass Zug Nr. 105 nach Mukden. Hsinmin durchfahren habe und dass Zug Nr. 104 von Mukden schon Huangkutun verlassen habe, und dass ihm Zug Nr. 102 folge.

Die Lage an der Tungliao-Tahushan-Zweiglinie der Peking-Mukden-Bahn ist sehr schwer. Nach Meldungen sind 1000 Räuber bei Patachao, 500 bei Hsinlitun und 700 bei Paotzu versammelt. Der Zug Nr. 103 wurde heute morgen in Hsinlitun aufgehalten, um auf Polizeischutz zu warten.

Tahushan, den 13. Oktober. Patchao, eine Grubens-tadt 30 km nördlich von Tahushan, wurde heute morgen um 9.10 von einem japanischen Flugzeug besucht. Aus dem Flugzeuge wurden 50 Schuss auf die Umgegend der Brücke 16 abgegeben, wobei 3 dort weidende Schweine getötet wurden. Dann flog das Flugzeug über das Verwaltungsgebäude der Grube und den Bahnhof weg und hier wurden noch weitere 20 Schuss abgefeuert, welche aber keine Verluste verursachten.

### Nun scheint es wirklich mit dem Frieden Ernst zu werden.

Schanghai, den 15. Oktober (Chung Hwa News). Gestern nachmittag um 5 Uhr traf Herr Hu Han-min in Schanghai ein und stieg in der Wohnung von Sun Fo ab. Er gab abends um 10 Uhr noch ein Telegramm nach Kanton an Sun Fo und Chen Chitang, meldete seine Ankunft in Schanghai und forderte die Kanton-Führer auf, schnellstens ihre Vertreter nach Schanghai zu senden.

Die Kantonregierung hatte darauf gestern abend eine ausserordentliche Sitzung, worauf man zu dem Beschlusse kam, 12 Kantonvertreter zur Konferenz nach Schanghai zu senden, am 15. Oktober sollten sie die Reise antreten. Wang Chin-wei war jedoch dafür, dass sie sich erst auf die Reise machen sollten, wenn auch General Chen Min-hsu in Schanghai eingetroffen sei.

### Deutsche Arbeitslose wollen die Ausbeutung einer Kohlengrube unternehmen.

Berlin, den 14. Oktober (Transocean-Asiatic) Zum ersten Male in der traurigen Geschichte der deutschen Arbeitslosigkeit fassen hunderte von Arbeitslosen den kühnen, aus der Verzweiflung geborenen Entschluss, sich selbst den Lebensunterhalt zu verdienen und ihre erzwungene Ruhezeit auszunutzen. Sie wollen eine Genossenschaft bilden, um die Arbeit auf einer Kohlengrube wieder aufzunehmen, deren Eigentümer diese geschlossen hat. Die Wenzelaus-Grube in der Nähe der Stadt Neurode in Schlesien wo im vorigen Jahre 150 Bergleute durch ein Schlagwetter getötet wurden, war später infolge ihrer Unergiebigkeit verlassen worden, während die Ausbeutungsgesellschaft Konkurs machte. Die Bergleute haben nun unter unglaublichen Opfern von ihren geringen Löhnen 330 000 Reichsmark erspart, um selbst die Kohlengrube abzubauen, welche als besonders gefährlich bekannt ist und wiederholt der Schauplatz von Katastrophen war. Da die von den Leuten ersparte Summe zu klein ist für diesen Zweck, haben die Bergleute die preussische Regierung um Unterstützung durch eine Beihilfe gebeten. Der Minister des Inneren Severing beschäftigt sich z. Z. mit der Frage, welche aber dadurch schwierig ist, dass die Kohlengrube bisher schon mit Verlust gearbeitet hat.

### Spanien treibt die Jesuiten aus. Die Regierung tritt zurück.

Madrid, den 14. Oktober (Transocean-Asiatic) Die Revolutionsfeindschaft gegen die Kirchen triumphierte am Mittwoch in der verfassungsgebenden Versammlung über die gemässigten Ansichten. Dabei kam es zum Sturze der Regierung und zur Sprengung des Regierungsbloques. Nach 15 Stunden der Aussprache stimmte die Versammlung für die Austreibung der Jesuiten und Einziehung ihres Eigentumes auf Grund des Artikels 24 der Verfassung. Der Ersterminister Zamorra und der Innenminister Maura, welche beide gläubige Katholiken sind und für eine gemässigte Lösung der Kirchenfrage eingetreten waren, traten darauf sofort zurück und etwas später folgte das Gesamtkabinett ihrem Beispiele. Der frühere Kriegsminister Azana ist mit der Aufgabe betraut worden ein neues Kabinett zu bilden.

Noch nicht zufrieden mit der Austreibung der Jesuiten fügte die Kortez noch Artikel in die Verfassung ein, welche allen anderen kirchlichen Orden das Predigen verbieten wodurch der Staat in den Stand gesetzt wird, ihr Eigentum, wenn es notwendig scheint, zu konfiszieren und alle staatlichen Schenkungen an den Klerus oder für andere kirchliche Zwecke zurückzunehmen.